



RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 1/2020

KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN-ERITREA 2025

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

EINLEITUNG	4
REFORMKURS IN ÄTHIOPIEN BEDROHT?	5
LIBERALISIERUNG ALS GRUND DER FLÜCHTLINGSKRISE.....	6
AMNESTY: ÄTHIOPISCHE MENSCHENRECHTS-KOMMISSION MUSS REFORMIERT WERDEN..	6
DANIEL BEKELE ALS NEUER LEITER DER EHRC	8
NEUE FESTNAHMEN VON JOURNALISTEN GEFÄHRDEN DIE PRESSEFREIHEIT IN ÄTHIOPIEN	8
ÄTHIOPIEN: DEN REFORMKURS NICHT GEFÄHRDEN	9
SIEGE FÜR DIE MENSCHENRECHTE IN ÄTHIOPIEN (AUGUST 2019).....	10
ERITREA: AFRIKAS NEUE FLUCHTROUTEN	11
TROTZ FRIEDENSVERTRAGS. IN ERITREA HAT SICH NICHTS GEÄNDERT.....	11
ERITREA IM MENSCHENRECHTSRAT: DER BOCK ALS GÄRTNER?.....	12
ÄTHIOPIEN: AMNESTY FORDERTE MENSCHENRECHTSSCHUTZ WÄHREND DES SIDAMA-REFERENDUMS.....	13
SIDAMA SPRICHT SICH FÜR EIGENEN BUNDESSTAAT AUS.....	13
FREILASSUNG VON „PUTSCH“-VERDÄCHTIGEN OHNE ANKLAGE NACH FORTGESETZTEM MISSBRAUCH DES ANTI-TERROR-GESETZES IN ÄTHIOPIEN.....	14
NEUES ANTI-TERROR-GESETZ IN ÄTHIOPIEN VERABSCHIEDET	14
ÄTHIOPIEN: UNIVERSITÄTSDOZENT FIREW BEKELE ENTLASSEN.....	15

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Foto auf der ersten Seite: Ausschnitt der „Charities and Societies Proclamation“, die 2009 in Äthiopien verabschiedet wurde und zu starken Einschränkungen der Menschenrechtsarbeit im Land führte.



Copyright bei Amnesty International

EINLEITUNG

Auch im Verlauf des Jahres 2019 blieb die Frage offen, ob sich in Äthiopien grundlegend etwas ändert. In Äthiopien zeigt sich immer stärker, wie schwierig die Verhältnisse zwischen einigen Bevölkerungsgruppen seit langem sind. Auch zeigen verschiedenen Inhaftierungen politischer Gefangener, dass Abiy Ahmed keineswegs ein reiner Hoffnungsträger ist, wie verschiedene Preise an ihn suggerieren. Dennoch sieht die internationale Gemeinschaft Abiy Ahmeds Bemühungen als so zukunftsweisend, dass man ihn mit dem Friedensnobelpreis oder dem Hessischen Friedenspreis ehrt. Die Preise sollen ermutigen, den eingeschlagenen Weg der Reformen weiter zu gehen. Ein von der Regierung als Putschversuch eingestuftes Angriff im Juni lässt zweifeln, denn die Liberalisierung führt auch dazu, dass alte Konflikte wieder zu Tage treten.

Doch das Jahr 2020 startet in Äthiopien mit einer positiven Neuerung: Das von Amnesty International stark kritisierte Anti-Terror-Gesetz wurde überarbeitet und in neuer Form am 2.1. vom äthiopischen Parlament verabschiedet.

In Eritrea ist die Situation noch prekärer, da das Regime zwar zunächst den Friedensvertrag mit Äthiopien abschloss, dann jedoch relativ bald die Grenzen zwischen beiden Ländern schloss, so dass man sagen kann: Es ist weitgehend alles beim Alten geblieben. Hoffnungen auf eine politische Liberalisierung mussten bald aufgegeben werden. Ganz im Gegenteil: nun wendet sich die Regierung sogar gegen die – bisher von ihr tolerierte katholische Kirche – und schließt deren Krankenhäuser.

Trotz Eritreas erschreckender Menschenrechtsbilanz wählte die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Oktober 2018 den Staat zu einem von 47 Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen. Die Mitgliedschaft im UNHRC ist mit bestimmten Verpflichtungen verbunden, einschließlich der Verpflichtung, „die höchsten Standards bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte einzuhalten und mit dem Rat [...] uneingeschränkt zusammenzuarbeiten“. Die eritreische Regierung erfüllt diese Anforderungen in der Praxis bei weitem nicht - weder national noch international. Amnesty International weist in einem Bericht, der den Zeitraum von 2011 bis Mai 2019 abdeckt, nach, wie die eritreische Regierung Menschenrechtsverteidiger_innen im In- und Ausland behindert.***

* <https://www.one.org/de/blog/28-august-2019>

*** Übersetzung durch die Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea von Amnesty International Deutschland. Original-Bericht unter:
<https://www.amnesty.org/en/documents/afr64/0542/2019/en/>

REFORMKURS IN ÄTHIOPIEN BEDROHT?

Nach Angaben der Regierung stürmten am 22. Juni 2019 in der Regionalhauptstadt Bahir Dar bewaffnete Angreifer ein Treffen regionaler Politiker, wobei der Regionalpräsident von Amhara getötet wurde. Der zunächst schwer verletzte oberste Staatsanwalt der Region starb im Krankenhaus. Ein weiterer Angriff fand kurz darauf in Addis Abeba statt, etwa 320 Kilometer entfernt. Dort wurden der Generalstabschef der äthiopischen Armee von seinem Leibwächter und ein pensionierter General getötet. Beide Vorfälle wurden als ein ‚koordinierter Angriff‘ in direkten Zusammenhang gestellt. Bereits zwei Tage später bestätigte die Regierungssprecherin, dass die meisten Hintermänner dieses Angriffs in Gewahrsam genommen seien.

Man bewertet seitens der Regierung diesen Angriff als Putschversuch. Der mutmaßliche Drahtzieher sei General Asamnew Tsige gewesen, ein nach neun Jahren Haft von Abiy Ahmed begnadigter radikaler Nationalist der Amhara-Bewegung. Am 24.6. sei er in Bahir Dar erschossen worden.

Der Vorfall zeigt, dass die Reformen Abiy Ahmeds nicht nur auf Zustimmung bei der Bevölkerung stoßen, sondern auch Gefahren mit sich bringen. Er ließ tausende politische Gefangene frei und hob das Verbot mehrerer Oppositionsgruppen auf. Aber er ließ auch hochrangige Personen mit Verbindungen zur alten Regierung festnehmen, altgediente und mächtige Funktionsträger der alten Regierung wurden abgesetzt sowie mehrere Chefs beim Militär und Geheimdienst entlassen.

Doch die Vermutung, dass er sich damit viele Feinde gemacht habe, hält die Ostafrika-Expertin Annette Weber für zu einfach. Sie vermutet, dass vielmehr die radikaleren, die es früher nicht wagten, sich zu äußern, nun deutlich zu hören seien. Sie spielt damit auf die seit Abiys Amtsantritt gestiegenen Spannungen und Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in dem Vielvölkerstaat Äthiopien an. Für diese These spricht die Zahl der Binnenflüchtlinge, die laut UN im letzten Jahr auf 3,2 Millionen stieg. Annette Weber denkt, Abiy Ahmed habe die ethnischen Konflikte nicht ernst genug genommen, weil viele von ihnen sogar innerhalb seiner eigenen Ethnie – den Oromo – verliefen. Er müsse in dieser Hinsicht eine deutlichere Politik machen.

Allerdings hält Weber es nicht für gut, die für 2020 vorgesehenen Wahlen zu verschieben – was einige Beobachter befürworten. Sie fürchtet, dass die „unterschiedlichen Nationalismen“ und „populistischen Positionierungen“ sich viel zu schnell vergrößern würden, verschöbe man die Wahl. Die Wahl sei ein wichtiger Termin, um Abiy Ahmeds Politik zu konsolidieren. Kritische Stimmen fürchten dagegen bereits einen „Kaiser Abiy“.

<https://www.dw.com/de/die-feinde-des-abiy-ahmed-lauern-%C3%BCberall/a-49334587>

LIBERALISIERUNG ALS GRUND DER FLÜCHTLINGSKRISE

Auslöser für Gewalt zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen sind häufig Konflikte um Land, verstärkt durch die stetig wachsende Bevölkerung und zunehmende Arbeitslosigkeit. Beispielsweise griffen Oromo-Milizen Gedeo-Bauern mit der Begründung an, diese hätten kein Anrecht auf landwirtschaftliche Flächen in West- und Ost-Guji, zwei Verwaltungszonen in der Region Oromia. So plünderten letztes Jahr ethnische Oromo Häuser und töteten hunderte Menschen entlang der Grenze zwischen den Bundesstaaten Oromia und der Region der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker.

Seit Abiy Ahmed im April 2018 Premierminister wurde, haben Spannungen zwischen einzelnen Ethnien zugenommen, weshalb die Zahl der Binnenflüchtlinge gestiegen ist. Äthiopien ist derzeit das Land mit den meisten Binnenflüchtlingen weltweit. Es scheint so, als bringe die liberale Haltung des Premiers, der den Regionen gerade in Fragen der Sicherheit weitgehende Autonomie gewährt hat, historische Feindseligkeiten zutage. Es geht um Grenzen zwischen Regionen und Fragen der (politischen) Repräsentation. Hinzu kommt, dass Abiy Ahmed ehemalige Führungskräfte wegen Korruption verurteilen ließ.

Felix Horne, Äthiopienexperte von HRW (Human Rights Watch), bestätigt, dass die Bevölkerung in vielen Teilen des Landes verunsichert sei, so dass ethnischen Milizen eingesetzt würden. Sie seien in fast allen Regionen aktiv, brächten auch Waffen unter das Volk und hätten so eine destabilisierende Rolle. Diesen Entwicklungen schenkte die Regierung zu wenig Aufmerksamkeit. Die Bevölkerung kritisiere, dass die Regierung vielen Milizen Straffreiheit zugesichert habe. Man versucht nun, die Flüchtlingslager einfach zu schließen und die Menschen wieder in ihre alte Heimat zu zwingen, ohne dass dort lebenswürdige Zustände hergestellt würden. Hier ist Abiy Ahmeds Reformpolitik noch weit von ihrem Ziel entfernt.

<https://www.dw.com/de/%C3%A4thiopien-gewalt-bedroht-reformkurs/a-49383774>

AMNESTY: ÄTHIOPISCHE MENSCHENRECHTS-KOMMISSION MUSS REFORMIERT WERDEN

Die äthiopische Menschenrechtskommission (EHRC) muss reformiert werden, damit sie tatsächlich dazu beiträgt, dass das Land mit seinen repressiven Mechanismen abschließen kann; gleichzeitig muss für Opfer von Menschenrechtsverletzungen der Zugang zur Justiz gefördert werden. Das stellte Amnesty International bei der Veröffentlichung seines neuen Berichts fest, der die von der äthiopischen Menschenrechtskommission erstmals zwischen 2016 und 2017 veröffentlichten Berichte untersucht.

Die Analyse von Amnesty international zeigt, dass die EHRC bei ihren Untersuchungen von Vorwürfen wegen Verstößen außerhalb etablierter menschenrechtlicher Rechtsrahmen und Standards agierte. Das ruft Zweifel an ihren Methoden und Ergebnissen hervor und lässt Ungerechtigkeit gegenüber zahllosen Opfern von Menschenrechtsverletzungen vermuten, da ihnen der Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln verweigert wurde.

Joan Nyanyuki, Direktorin von Amnesty International für Ostafrika, das Horn und die Großen Seen betont dies: „Unsere Analyse zeigt, dass die Kommission nicht zweckdienlich handelt. Da das Land nun versucht, mit seiner repressiven Vergangenheit zu brechen, muss es im Einklang mit internationalen Standards und vorbildlichen Verfahren reformiert werden, um die Menschenrechtsagenda der neuen Regierung zu unterstützen.“

Amnesty International prüfte sieben öffentlich zugängliche Berichte des EHRC und stellte eklatante Lücken in den Methoden zur Untersuchung und Meldung von Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen fest. Es handelt es sich um zwei Menschenrechtsberichte über Proteste in den Regionalstaaten Oromia und Amhara aus den Jahren 2016 und 2017, die dem Parlament vorgelegt wurden; vier vom Bundesgerichtshof verlangte Ermittlungsberichte wegen Vorwürfen der Folter und anderer Misshandlungen während der Haft; und eine Vorlage an den UN-Menschenrechtsrat über die Haftbedingungen im Land.

Amnesty International stellte fest, dass der EHRC nicht gründlich nachgeforscht hatte und mutmaßliche Verstöße der Sicherheitskräfte nicht aufdeckte, sondern rasch andere Akteure beschuldigte, darunter Oppositionsparteien, das Parlament und sogar Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Joan Nyanyuki kommentiert: "Unverschämte Voreingenommenheit gegenüber Opfern und eine ablehnende Haltung gegenüber ihren Beschwerden führen dazu, dass die Berichte des EHRC über Haftbedingungen und Tötungen von Demonstranten die Gelegenheit verspielen, die Situation der Opfer und aller anderen im Land zu verbessern“.

Ein Sprecher des Bundesparlaments von Äthiopien bekräftigte – als Reaktion auf den Bericht von Amnesty International – die Verpflichtung der neuen Regierung, den EHRC zu reformieren, um „Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde aufzubauen“. Er bestätigte auch, dass der EHRC verpflichtet sei, seine Ergebnisse zu melden und zu veröffentlichen, ohne die Zustimmung des Parlaments einzuholen.

Weitere Informationen unter:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/06/ethiopia-human-rights-commission-must-be-reformed-to-correct-miscarriage-of-justice/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/06/ethiopia-human-rights-commission-must-be-reformed-to-correct-miscarriage-of-justice/>,

DANIEL BEKELE ALS NEUER LEITER DER EHRC

Im Juli 2019 wurde Daniel Bekele als neuer Leiter der äthiopischen Menschenrechtskommission (EHRC) ernannt. Daniel Bekele war zuvor bei Amnesty International und Human Rights Watch tätig. Er war selbst in Äthiopien politischer Häftling gewesen und an ihn sind deshalb hohe Erwartungen gerichtet, in der EHRC die Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen der äthiopischen Regierung und Reformen der Kommission selbst voranzutreiben. Jedoch sind die Ressourcen der EHRC sehr eingeschränkt – es steht ein*e Ermittler*in pro 1 Million der Bevölkerung zur Verfügung. Der Äthiopien-Researcher von Amnesty International, Fisseha Tekle, betont: „Die EHRC braucht radikale Reformen, um effektiv zu sein. Ein engagierter Leiter allein kann die fehlenden institutionellen Reformen nicht ausgleichen.“

<https://www.reuters.com/article/us-ethiopia-rights/ethiopian-human-rights-boss-battles-scant-resources-idUSKBN1XR0GB>

<http://www.tadias.com/07/03/2019/meet-daniel-bekele-the-new-chief-at-ethiopian-human-rights-commission/>

NEUE FESTNAHMEN VON JOURNALISTEN GEFÄHRDEN DIE PRESSEFREIHEIT IN ÄTHIOPIEN

Laut Amnesty International riskiere die äthiopische Regierung die großen Fortschritte, die sie im vergangenen Jahr in Bezug auf die Medienfreiheit erzielt habe. Die Regierung hatte angekündigt, mit Hilfe der Streitkräfte Journalist*innen und Medienunternehmen für ihre Berichterstattung zu belangen.

Seit ihrem Amtsantritt im April 2018 hat die Regierung von Premierminister Abiy Ahmed das repressive Zivilgesellschaftsgesetz aufgehoben und Dutzende von inhaftierten Journalist*innen und Blogger*innen freigelassen. Ende 2018 befand sich kein einziger Journalist mehr hinter Gittern, so das Komitee zum Schutz von Journalisten, und 2019 stieg Äthiopien auf dem World Press Freedom Index um 40 Plätze.

Nun kündigte das Verteidigungsministerium jedoch am 8. Juli, nach einer Welle von Verhaftungen von Journalisten in den vergangenen Wochen, Pläne an,

Journalisten und Medienhäuser wegen „Veröffentlichung diffamierender Informationen über die nationalen Streitkräfte Äthiopiens“ zu verklagen.

Diese neue Verhaftungswelle sei ein Rückschritt, der die Verbesserungen von 2018 aufheben könnte. Alle verhafteten Journalisten sollten wieder freigelassen und alle Anklagen aufgehoben werden.

Joan Nyanyuki, Direktorin von Amnesty International für Ostafrika, das Horn und die Großen Seen unterstreicht diese Sichtweise: „Nachdem die Regierung von Premierminister Abiy Ahmed große Fortschritte in der Pressefreiheit gemacht hatte, wurde sie hoch gelobt und ihr wurde die Ehre zuteil, die diesjährige Veranstaltung zum Welttag der Pressefreiheit auszurichten. Die neue Verhaftungsrunde ist ein äußerst regressiver Schachzug, der die Fortschritte des Jahres 2018 in Frage stellen könnte. Alle verhafteten Journalisten müssen sofort freigelassen und alle Anklagen gegen sie bedingungslos fallen gelassen werden.“

Betroffen sind Berihun Adane, Chefredakteur des privaten Fernsehsenders Asrat und der Wochenzeitung Berera, am 26. Juni festgenommen, und Elias Gebru, Herausgeber des seit 2014 nicht mehr existierender Enqu-Magazins, festgenommen am 6. Juli. Beide Journalisten werden nun im Rahmen der Anti-Terror-Proklamation (2009) angeklagt, die bereits die vorangegangenen Regierungen nutzten, um erfundene Anklagen gegen ihre Kritiker zu erheben.

Die jüngste Verhaftungsrunde nach der Ermordung des Armeechefs und anderer hochrangiger Regierungsbeamter am 22. Juni richtete sich auch gegen Aktivisten und Mitglieder der oppositionellen Nationalen Bewegung der Amhara.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/07/ethiopia-new-journalist-arrests-put-press-freedom-gains-at-risk/>

ÄTHIOPIEN: DEN REFORMKURS NICHT GEFÄHRDEN

Den kritischen Stimmen zum Trotz, hält der Journalist Solomon Kebede an seiner optimistischen Haltung gegenüber Abiy Ahmeds Reformkurs fest. Deshalb verzögert der 34-Jährige die Veröffentlichung seines zweiten Enthüllungsbuches, in dem es um seine jahrelange Haft im Gefängnis geht. Er war wegen seiner journalistischen Arbeit dreieinhalb Jahre inhaftiert und hebt hervor, dass nun erstmals seit 13 Jahren kein Journalist mehr im Gefängnis sei. Kebedes erstes Buch ist mitverantwortlich dafür, dass unter Abiy Ahmed mehrere Sicherheitsoffizielle entlassen worden sind. Auch in dem zweiten geht es um Verwicklungen höherer Beamter in unlautere Handlungen. Um vor den Wahlen, die 2020 anstehen, nicht zu große Unruhe zu verbreiten, will er die Veröffentlichung zurückhalten. Er wolle die „neue Freiheit nicht missbrauchen, nur um Hass zu schüren“. Er wolle den von Abiy Ahmed angestoßenen Wandel unterstützen, der

die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen im Land ebenso wieder zulasse wie neue Printmedien und Fernsehkanäle.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/aethiopien-der-brieffreund-atmet-durch>

SIEGE FÜR DIE MENSCHENRECHTE IN ÄTHIOPIEN (AUGUST 2019)

1. Das drakonische CSO-Gesetz in Äthiopien wurde geändert

Nach der Kritik von Amnesty International an dem Gesetz zur Regulierung von Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) – es behindere die Aktivitäten vieler Nichtregierungsorganisationen in Äthiopien - traf sich Amnesty mit Äthiopiens Generalstaatsanwalt und dessen Stellvertreter, um zu diskutieren, wie der neue Entwurf des CSO-Gesetzes verbessert werden könne. Das alte Gesetz war dazu benutzt worden, die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen zu behindern, indem unter anderem ihre Finanzierung eingeschränkt und so viele gezwungen wurden, ihre Arbeit einzustellen. In einem Kommentar zu dem im Dezember 2018 veröffentlichten Entwurf der Proklamation der Zivilgesellschaft skizzierte Amnesty dessen Vorzüge und Nachteile und hob hervor, was vor einer Verabschiedung des Gesetzes geändert werden müsste. Diese Kombination aus vertraulicher und öffentlicher Beratung trug zu einer Verbesserung des im Januar 2019 vom äthiopischen Parlament verabschiedeten Gesetzes bei.

2. Äthiopische Behörden ziehen die für die Tötung von mindestens 14 Menschen in Moyale Verantwortlichen zur Rechenschaft

Die Arbeit vieler Menschenrechtsaktivisten und -organisationen, einschließlich Amnesty International, zeigt erste Erfolge in Äthiopien. Es wurden beispiellose Rechts- und Justizreformen durchgeführt, sowie hochrangige Personen verhaftet, die im Verdacht schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen stehen. Ein Jahr nach der Ermordung von mindestens 14 Menschen in Moyale wurden Angehörige der äthiopischen Streitkräfte, die man dieses Verbrechens verdächtigte, vor Gericht gestellt. Amnesty hatte bei dieser Untersuchung eine führende Rolle, da es die Verstöße entlarvte und forderte, dass die Mitglieder der äthiopischen Verteidigungskräfte wegen des von ihnen begangenen Unrechts gegenüber der Öffentlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2019/08/take-injustice-personally-and-act-on-it/>

ERITREA: AFRIKAS NEUE FLUCHTROUTEN

Bisher flohen die meisten Eritreer_innen über Äthiopien oder den Sudan bis an die libysche Küste, um von dort aus die gefährliche Überquerung des Mittelmeeres zu riskieren. Doch diese Route sei jetzt praktisch verschlossen, so Zecarias Gerrima, Vize-Direktor der eritreischen Nichtregierungsorganisation ‚Africa Monitors‘. Grenzschützer nähmen die Eritreer fest, um der Europäischen Union zu beweisen, dass sie – wie in den seit 2015 geschlossenen Abkommen vereinbart – die Migrationsrouten schließen. Beispielsweise wurden im ‚Better Migration Management‘-Projekt der EU sudanesisches Grenzschützer ausgebildet. Die EU habe Afrikas Regierungen als Türhüter verpflichtet, bewerten Kritiker. Dabei sei es für Eritreer_innen in ihrem Land nicht sicher, wenn sie zurückkehren.

Aus diesem Grund fliehen viele Afrikaner – nicht nur Eritreer_innen, sondern auch Kameruner_innen, und Kongoles_innen – über andere Wege. Denn die Anzahl der Flüchtenden hat sich nicht verringert. Zwar kommen in der EU nun deutlich weniger Flüchtlinge an (beispielsweise stellten 14.910 Eritreer 2018 in der EU einen Erstantrag auf Asyl – 2016 waren es 33.370), doch die anderen nehmen neue Wege: über Südamerika. In Mexiko habe die Zahl der afrikanischen Migrant_innen sich verdreifacht, stellen die dortigen Behörden fest. Diese Menschen wollen nach Nordamerika. Nach ihrem Flug von Afrika nach Südamerika, vor allem Uruguay, versuchen sie mit dem Auto weiterzukommen. Über die weltweit aktiven eritreischen Schleppernetzwerke können sie die nötigen Visa für die südamerikanischen Länder beschaffen. Ein lukratives Geschäft für die Schlepper. Eigentlich sei es Ziel der EU-Migrationspolitik gewesen, Schleppernetzwerke in Afrika auszuschalten. Doch diese haben nur ihre Strategien verändert.

<https://www.dw.com/de/mit-dem-flugzeug-um-die-halbe-welt-afrikas-neue-fluchtroute/a-49815496>

TROTZ FRIEDENSVERTRAGS. IN ERITREA HAT SICH NICHTS GEÄNDERT

Dass sich nach dem Friedensvertrag mit Äthiopien (im Frühjahr 2018) die Lage in Eritrea entspannen würde, hofften viele Menschen. Doch nicht nur, dass bereits im Herbst die Grenzen zum Nachbarland nach einer kurzzeitigen Öffnung wieder geschlossen wurden, nun wendet sich die eritreische Regierung auch gegen die katholische Kirche des Landes und schließt deren Krankenhäuser. Mussi Zerai, ein katholischer Priester aus Eritrea, der seit Jahren in Italien lebt, vermutet, dass dies mit einem offenen Brief der katholischen Bischöfe in Eritrea zusammenhänge, den sie Ostern veröffentlichten. Sie beschreiben Gewalt und Ungerechtigkeiten im Land und fordern Reformen. Da sie sich nicht der öffentlichen Zensur unterzogen, sondern den Brief über E-Mail und soziale Netzwerke verbreiteten, sei der Präsident sehr verärgert gewesen. Denn obwohl nur etwa fünf Prozent der

Menschen in Eritrea katholisch sind, fürchte er sich vor dem internationalen Einfluss der Kirche. Auch das Oberhaupt der orthodoxen Kirche in Eritrea, Abune Antonios, stehe aus diesem Grund seit 14 Jahren unter Hausarrest. – Nun fürchtet man, dass auch die etwa 50 Schulen und über 100 Kindergärten, die von der katholischen Kirche betrieben werden, geschlossen werden könnten. Dass niemand gegen diese und andere diktatorischen Maßnahmen der Regierung demonstriere, hänge damit zusammen, dass die Polizei sofort gegen öffentliche Versammlungen vorgehe. Zudem herrsche ein großes Misstrauen zwischen den Menschen, weil man den staatlichen Geheimdienst überall vermute. Man misstraut einander so, dass es unmöglich sei, Proteste zu organisieren. In den vergangenen 20 Jahren verschwanden mehr als 10.000 Menschen. Daran hat auch der Friedensvertrag nichts geändert.

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/eritrea-nach-dem-frieden-mit-aethiopien-fuer-die-menschen-hat-sich-nichts-geaendert-a-1277329.html>

ERITREA IM MENSCHENRECHTSRAT: DER BOCK ALS GÄRTNER?

Eigentlich ist es ein Skandal, dass Eritrea im Oktober 2018 von der UN-Vollversammlung in den Menschenrechtsrat gewählt wird. Aber unter den neu bestimmten Mitgliedern befinden sich neben Eritrea noch weitere Länder, die es mit den Menschenrechten häufig nicht zu ernst nehmen: Kamerun, Somalia, Bahrain, die Philippinen und Bangladesch. Länger dabei sind auch China, Saudi-Arabien und die Demokratische Republik Kongo.

In seiner neuen Position möchte Eritrea sich der Beobachtung künftig entziehen, indem es die Verlängerung des Mandats der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen verhindert, die seit Oktober 2012 die Situation der Menschenrechte in Eritrea beobachtet. Sie dokumentiert in ihren Berichten eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen in dem Land, dessen Menschenrechtsslage weiterhin besorgniserregend ist. Selbst im Ausland verfolgt das Regime von Isayas Afewerki eritreische Aktivisten. Beispielsweise werden dort Passverlängerungen für Eritreer verhindert, so dass diese faktisch staatenlos und damit rechtslos werden. Aus diesem Grund wagen viele Eritreer es auch im Ausland nicht, die eritreische Regierung zu kritisieren.

Doch der UN-Menschenrechtsrat hat das Mandat für eine Sonderberichterstattung über Eritrea gegen den Willen des autoritären Präsidenten Isayas Afewerki verlängert. Sonderberichterstatterin Daniela Kravetz werde ein weiteres Jahr Verletzungen der Menschenrechte in Eritrea untersuchen, teilten die Vereinten Nationen mit. Die Regierung Eritreas wird aufgefordert, mit der Sonderberichterstatterin zu kooperieren – allerdings verweigert diese der UN-Beauftragten bisher die Einreise.

Der Resolutionsentwurf wurde von Deutschland und anderen westlichen Ländern eingebracht, denn die Menschenrechtslage in Eritrea sei trotz des Friedensvertrags mit Äthiopien unverändert schlecht. Wöchentlich flüchteten hunderte Menschen, Oppositionelle und vermeintliche Regierungsgegner blieben seit Jahren ohne ordentliche Gerichtsverfahren in Haft.

<https://www.dw.com/de/eritrea-im-un-menschenrechtsrat-der-bock-als-g%C3%A4rtner/a-49376933>

<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/SP/CountriesMandates/ER/Pages/danielakravez.aspx>

ÄTHIOPIEN: AMNESTY FORDERTE MENSCHENRECHTSSCHUTZ WÄHREND DES SIDAMA-REFERENDUMS

Im Vorfeld des am 20. November stattfindenden Referendums über einen eigenen Bundesstaat für die äthiopische Volksgruppe der Sidama forderte Amnesty International die äthiopischen Behörden auf, eine gewaltfreie Abstimmung sicherzustellen. Grund zu Besorgnis gaben die Handlungsweisen von Sicherheitskräften im Juli, die, als nach der Verschiebung des Volksentscheids Proteste ausbrachen, gewalttätig reagierten. Zwar wurde keine offizielle Zahl der Todesopfer veröffentlicht, aber Sidama-Aktivistengruppen bezifferten die Zahl auf fast 170. Die Aktivisten fordern einen eigenen Bundesstaat für die Sidama-Ethnie, die derzeit zum Bundesstaat „Southern Nations, Nationalities and People“ gehört. Die äthiopische Verfassung verpflichtet die Regierung, ein Referendum für jede ethnische Gruppe zu organisieren, die einen separaten Staat fordert.

Seif Magango, stellvertretender Direktor von Amnesty International für Ostafrika, das Horn und die Großen Seen forderte deshalb, dass von den äthiopischen Behörden eine friedliche Abstimmung gewährleistet werden müsse. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit müsse garantiert und außerdem sichergestellt werden, dass die Rechte der Angehörigen ethnischer Minderheiten in Sidama umfassend geschützt werden.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/ethiopia-authorities-must-prevent-violence-and-protect-rights-during-sidama-referendum/>

SIDAMA SPRICHT SICH FÜR EIGENEN BUNDESSTAAT AUS

Das Ergebnis des Volksentscheids vom 20. November 2019 war eindeutig: 98% der Bevölkerung der Sidama-Region sprach sich dafür aus, dass ein unabhängiger Bundesstaat Sidama entstehen solle.

<https://www.dw.com/en/ethiopias-sidama-vote-overwhelmingly-for-autonomy/a-51383953>

FREILASSUNG VON „PUTSCH“-VERDÄCHTIGEN OHNE ANKLAGE NACH FORTGESETZTEM MISSBRAUCH DES ANTI-TERROR-GESETZES IN ÄTHIOPIEN

Nachdem die äthiopische Regierung die Ermordung des Armeechefs Seare Mekonnen und des Präsidenten des Regionalstaates Amhara, Ambachew Mekonnen, zum Putschversuch erklärt hatte, wurden im Juni dieses Jahres mehr als 200 Personen verhaftet. Die meisten dieser Personen wurden seitdem ohne Anklage stillschweigend wieder freigelassen. Unter diesen Inhaftierten befanden sich 22 Regierungskritiker, die aufgrund von Terrorvorwürfen verhaftet und monatelang inhaftiert waren. Diese Verfahrensweise weist darauf hin, dass die äthiopischen Behörden weiterhin die äthiopischen Anti-Terror-Gesetze missbrauchen. Die Anti-Terror-Proklamation ist offensichtlich – wie bei der vorherigen Regierung – auch jetzt noch ein Mittel, um Menschen willkürlich zu verhaften und festzuhalten. Fisseha Tekle, Äthiopien-Researcher von Amnesty International, betont, dass die viermonatige Inhaftierung der Regierungskritiker ohne jeden Beweis, eklatant ungerecht sei. Dutzende andere Menschen befänden sich noch immer in Haft, weil das Anti-Terrorismus-Gesetz vieldeutig und zu weit gefasst sei.

Amnesty International fordert die äthiopischen Behörden auf, die Überarbeitung des Antiterrorismusgesetzes im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards zu beschleunigen. Das revidierte Gesetz sollte unter anderem das Recht auf ein anhängiges Gerichtsverfahren gegen Kaution einräumen und sicherstellen, dass jede Straftat im Einklang mit dem internationalen Menschenrecht klar definiert wird.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/10/ethiopia-release-of-coup-suspects-without-charge-follows-continued-abuse-of-anti-terrorism-law/>

NEUES ANTI-TERROR-GESETZ IN ÄTHIOPIEN VERABSCHIEDET

Am 02.01.2020 verabschiedete das äthiopische Parlament ein neues Anti-Terror-Gesetz. Das neue Gesetz sieht folgendes vor: „Wenn eine Störung öffentlicher Dienstleitungen durch legale Proteste, Versammlungen oder Streiks verursacht wird, werden diese Handlungen nicht als terroristische Handlungen aufgefasst.“ Außerdem sieht das Gesetz vor, dass äthiopische Bürger*innen, die vom Missbrauch des Gesetzes betroffen sind, eine Kompensation von bis zu 50,000 äthiopischen Birr (USD 1,500) erhalten können.

<https://www.reuters.com/article/us-ethiopia-politics/ethiopia-relaxes-curbs-on-political-gatherings-with-new-anti-terror-law-idUSKBN1Z1198>

ÄTHIOPIEN: UNIVERSITÄTSDOZENT FIREW BEKELE ENTLASSEN

Der Universitätsdozent Firew Bekele, der auf der Grundlage des Anti-Terror-Gesetzes drei Monate lang in Haft gewesen ist, wurde am 19. November 2019 freigelassen. Ihm wurde vorgeworfen, am Schreiben und der Veröffentlichung des Buches "The Hijacked Revolution" (Die entführte Revolution) beteiligt gewesen zu sein, in dem Äthiopiens Premierminister Abiy Ahmed kritisiert wird. Doch Firew Bekele war ein gewaltloser politischer Gefangener und hätte nie verfolgt werden dürfen. Er bestritt, das Buch geschrieben zu haben. Der Leiter der äthiopischen Menschenrechtskommission besuchte Firew Bekele im Gefängnis und forderte seine sofortige Freilassung infolge der Urgent Action von Amnesty International am 20. September.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/1471/2019/en/>

Liebe Leser*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

IMPRESSUM:

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: aethiopien@amnesty-stuttgart.de

Internet: www.amnesty-aethiopien.de

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Köln

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HAFTUNGSAUSCHLUSS:

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.